

BÜCHER ÜBER DEN MITTLEREN OSTEN

Andreas Jacobs

Schauplätze des real existierenden Islamismus

■ Executive Summary

There are some things that Saudi Arabia and Iran have in common. In both countries, the political system is controlled by a specific interpretation of Islamic religion. Similarly, the conflict between religious utopia and societal and political desolation is becoming increasingly apparent in both countries from day to day. Two recent publications present more detailed information. In his *Saudi Arabien. Politik Geschichte Religion* (Saudi Arabia. Politics, History, Religion), Guido Steinberg describes the genesis of the Saudi state as the result of an amalgamation of religious vision and political power. Relations between the two are strained and need to be rebalanced continuously. At first glance, Islam appears to be the controlling variable in Saudi Arabia. In point of fact, however, genealogy and relations with the ruling family of Saud form the key to power and influence in a country where religious police implacably enforce compliance with Wahhabi rules in everyday life.

In the younger generation, experiencing life under this system mainly causes boredom. Because of this, they often lose their footing and slide into terrorism. Although Wahhabiya still rejects modernity and forms as essential a part of the Saudi societal system as ever before, militant Islamists increasingly attack certain circles in the kingdom itself. They blame its leading elite for being decadent and corrupt, and for having surrendered the birthplaces of Islam to American influence. And indeed, this shows a dilemma that

is fundamental in Saudi politics – the fact that the pro-western orientation of the country cannot be reconciled with the anti-American and anti-Jewish mood prevailing among the population. And as Saudi Arabia's domestic problems keep worsening – poverty, unemployment, declining standards of living, and philosophical emptiness – this dilemma is bound to grow more rather than less difficult in the future.

Written by Katajun Amirpur and Reinhard Witzke, *Schauplatz Iran. Ein Report* (The Iranian Scene. A Report) is not an in-depth analysis but has many details worth knowing to tell about the land of the Islamic Revolution. It throws a light on the dictatorship of the Pahlavi family and its extent as well as on the revolution which it caused. While Mr Khomeini, who talked the language of the people, did replace the universally-detested Shah, the policies he initiated grew increasingly confusing as theocratic structures were superimposed on all elements of democracy.

While Ali Shariati demanded that religion be ideologised, reformers today demand the exact opposite, declaring that using religion to operate the state means diminishing its scope. From this, it appears that resistance against the Iranian model of theocracy is growing even among theologians.

At the same time, the reader is told that the Europeans' attempt to enter into a critical dialogue with Iran failed as well. All hopes for reforms from the inside are dead. Instead, they are now pinned on increasing outside pressure on the country whose most critical problems include an extremely high suicide rate, uncontrollable prostitution, and drug consumption on a scale that could hardly be greater.

Indeed, there are many things which Saudi Arabia and Iran have in common, although conditions may differ: Saudi Arabia is indebted to the US for its security and prosperity although its population hates the benefactor from the depth of its soul. Conversely, the Iran officially preaches hatred against the US although its population sympathises to a certain extent with the public enemy. Both countries have been living with their contradictions for a long time and shown themselves very skilled at consolidating their instabilities. Whether or not these skills are enough to build up an enduring functional polity remains open to question.

■ Saudi-Arabien

Im Kampf gegen den weltweiten Terrorismus sind zwei Staaten ins Fadenkreuz geraten, in denen ein spezifisches Verständnis des Islam das politische System bestimmt: Saudi-Arabien und Iran. Umso mehr erstaunt es, dass über die innere Verfasstheit und politischen Systeme in Saudi-Arabien und Iran nach wie vor wenig bekannt ist. Zwei neuere Bücher geben Auskunft über des Innenleben des real existierenden Islamismus.

■ Guido Steinberg,
*Saudi-Arabien. – Politik
Geschichte Religion*, Mün-
chen 2004, Beck'sche Reihe,
196 Seiten, 12,90 Euro.

Vor allem Saudi-Arabien ist trotz seiner weltpolitischen Bedeutung ein unbekanntes Land. Auch deshalb ist Guido Steinbergs nach Geschichte, Politik, Wirtschaft und Religion gegliederte Länderkunde ein notwendiges Buch. Es schildert die Entstehung des ersten saudischen Staates als Ergebnis einer Verbindung zwischen religiöser Vision und politischer Macht. Diese Symbiose zwischen Herrscher und Gelehrten ist bis heute das wesentliche Charakteristikum des saudischen Staates. Hier liegt auch der Schlüssel zum Verständnis der saudischen Innenpolitik. Das Spannungsverhältnis zwischen religiöser Gelehrsamkeit und politischer Macht muss immer wieder neu austariert werden. Die starke regionale Fragmentierung des Landes, das Aufbrechen der alten Symbiose von Städtern und Beduinen, die Vorrangstellung der konservativen Najdis in der saudischen Politik – um all dies zu beleuchten, taucht das Buch tief in die eigentümliche Verbindung eines ausgeprägten Regionalismus mit einer Ideologie tribaler Distinktion ein.

Vordergründig ist der Islam in Saudi-Arabien die alles entscheidende Variable. Tatsächlich bestimmen aber Genealogie und Allianzen zwischen den Mitgliedern des Herrscherclans und ihre Nähe zur Kernfamilie der Saudis über Macht und Einfluss. Doch „Dallas im Wüstensand“ hätte man hier nicht drehen können. Zu streng wacht die Religionspolizei über die öffentliche Moral und eine strikte Einhaltung wahhabitischer Lebensregeln. Christliche Gottesdienste etwa werden nur in abgeschlossenen Wohnkomplexen geduldet, ansonsten ist jeder Ausdruck nicht-wahhabitischer Religiösität strikt verboten. Das bekommen vor allem die Schiiten zu spüren.

Gerade für den rapide wachsenden jüngeren Teil der subventionsverwöhnten Bevölkerung heißt die-

ses umfassende System von Verboten und Gängelungen vor allem eines: Langeweile. Der Trip nach Afghanistan, Tschetschenien oder neuerdings in den Irak wird für eine Jugend, der sonst alles verboten ist, zum Abenteuerurlaub. Auch das straft jene Auffassung Lügen, der islamistische Terrorismus sei eine Folge von Armut und Ausbeutung. Ein Großteil der Attentäter des 11. September entstammte der gelangweilten saudischen Mittelschicht. Das Abgleiten in den Terrorismus ist längst Teil saudi-arabischer Jugendkultur und zugleich Ausdruck einer wachsenden Entfremdung zwischen den Generationen.

Dennoch unterscheidet sich der wahhabitische Islamismus von den Spielarten des Islamismus anderswo. Letztere entstanden auch als Reflex auf den wachsenden kulturellen und politischen Einfluss westlicher Mächte. Die Wahhabiya hingegen hatte es lange Zeit nicht nötig, sich um die Moderne zu kümmern und bei ihrer radikalen Schriftgläubigkeit Abstriche zu machen. Trotzdem greifen militante Islamisten nun auch Ziele im Königreich an. Ihre Kritik zielt allerdings weniger auf das eigentümliche wahhabitische Islamverständnis. Zwar wurde die Zerstörung des Geburtshauses des Propheten Muhammads und die Umwandlung der Stätte in einen Viehstall überall sonst in der islamischen Welt als ungeheuerliches Sakrileg betrachtet, wirklich unbeliebt sind die Saudis bei islamistischen Eiferern aber wegen anderer Dinge. Dekadent und korrupt sei die saudische Führungselite, vor allem aber habe sie das Land und damit die Geburtsstätten des Islam amerikanischer Einflussnahme ausgeliefert. Dies verweist auf ein zentrales Grunddilemma saudischer Politik: die prowestliche Ausrichtung konnte noch nie mit der anti-amerikanischen und anti-jüdischen Grundstimmung im Land vereinbart werden. Heute ist dieses Spannungsverhältnis nur noch sehr mühsam auszuhalten. Zwei große Herausforderungen sieht Steinberg daher für die Zukunft: die Thronfolge und die außenpolitische Ausrichtung. Ersteres wird sich regeln, da ist sich Steinberg sicher, letzteres wird an Problematik zunehmen – gerade weil die innenpolitischen Gegensätze wachsen: steigende Armut, Arbeitslosigkeit, zurückgehender Lebensstandard, weltanschauliche Leere und eine frustrierte Jugend; eine gefährliche Melange.

■ Katajun Amirpur/
Reinhard Witzke, *Schau-
platz Iran. Ein Report*,
Freiburg i. Br. 2004, Herder
Spektrum, 157 Seiten,
8,90 Euro.

■ Iran

Auch der aktuelle Länderreport von Katajun Amirpur und Reinhard Witzke spannt den Bogen weit. Land, Leute, Wirtschaft, die Geschichte Irans und die Entwicklung der Schia kommen ebenso vor, wie der Friedensnobelpreis und die Atomwaffen. Obgleich das kurze Buch nicht in die Tiefe gehen will, erfährt man viel Wissenswertes – etwa über die Diktatur der Pahlavis, deren Ausmaße und Begleiterscheinungen man kennen muss, um den iranischen Mythos Mosadegh – jenen Politiker, der in den fünfziger Jahren die Weltmacht USA herausforderte – und schließlich die islamische Revolution zu verstehen. Der Sturz des Schahs war zunächst eine ziemlich unreligiöse Angelegenheit. Die bürgerlich-nationalistische Bewegung unterstützte Chomeini, ohne wirklich zu ahnen, was er im Schilde führte. Der Ajatollah sprach die religiöse Sprache des Volkes, eine Sprache, die im Iran besser verstanden wurde als die Parolen von Proletariat und Klassenkampf oder die Versprechungen von Demokratie und Rechtsstaat. Und schließlich war man sich in einem Punkt einig: *shah bayad beravad* – Der Schah muss weg! Es war also weder klar, dass der Pahlavi-Diktatur ein Gottesstaat folgen würde, noch wie dieser aussehen sollte. In Chomeinis Positionierungen lies sich ohnehin selten eine klare Linie ausmachen. Dementsprechend unübersichtlich entwickelte sich die iranische Politik. Allen demokratischen Strukturen wurde eine theokratische übergestülpt. Auch dies ist der Grund dafür, dass die 1997 mit der Wahl des Reformers Chatami zum Präsidenten anbrechende zweite Phase der islamischen Republik ein Frühling blieb, dem kein Sommer folgte. Mittlerweile sprechen selbst die Reformen nicht mehr von einem Reformprozess.

Der geistige Vater der islamischen Republik, Ali Schariati, hatte eine Ideologisierung der Religion gefordert. Reformen fordern heute das Gegenteil. Die Ideologisierung der Religion, so etwa der Reformtheologe Soroush, sei eine unzulässige Verkürzung. Wer mit Religion Staat mache, verkürze sie und lege sie willkürlich fest. Weiterentwicklung aber gehöre zum Wesen jeder Religion. Mit schiitischer Tradition habe die Islamische Republik ohnehin wenig zu tun, denn hier habe man sich eher aus der Politik herausgehalten. Der Widerstand gegen die iranische Herr-

schaftstheorie wächst also auch in den Reihen der Theologen. Theologie aber wollen im Gottesstaat ohnehin immer weniger betreiben. Auch das klingt wie Ironie: dem Mullah-Regime gehen die Mullahs aus.

Für die westliche Politik gegenüber dem Iran haben Amirpur und Witzke hingegen keine Ironie übrig. Der kritische Dialog der Europäer ist gescheitert. Das europäische Zaudern stößt bei den Iranern auf kein Verständnis. Viele haben die Hoffnung auf eine Reform von innen längst aufgegeben. Statt dessen setzt man auf Druck von außen, und das heißt vor allem auf die USA. Solange sich aber nichts ändert, bleibt nur die Ausweglosigkeit: Iran hat die höchste Selbstmordrate unter Frauen, und Prostitution ist ein Riesenproblem – nicht für die bei Bordellbesuchen ertappte iranische Fußballnationalmannschaft. Das größte Problem aber heißt Drogen. Die Zahlen sind gleichermaßen entsetzlich wie unglaublich: Im Iran leben 15 Prozent der weltweit Süchtigen, 79 Prozent des weltweit kursierenden Opiums und 19 Prozent des Heroins werden hier konsumiert. Selbst staatliche Stellen schätzen, dass es im Iran in den nächsten Jahren 15 Millionen Drogenabhängige geben wird.

■ Utopie und Misere

Im Iran wie in Saudi-Arabien lassen sich die Widersprüche zwischen religiöser Utopie und real existierender Misere längst nicht mehr übersehen. Das saudische Königreich beruft sich für sein Staatsmodell auf eine radikal-sunnitische Auslegung des Islam und beruht realpolitisch auf einem fragilen Bündnis von Stammesführern und Religionsgelehrten. Die Islamische Republik Iran lehnt sich mit ihrem Staatsmodell von der Herrschaft der Rechtsgelehrten an Vorstellungen der Schia an und kämpft in der Praxis mit einem eigentümliches Modell paralleler Institutionen und fraktionierter Machtzentren. Saudi-Arabien verdankt Sicherheit und Wohlstand den USA, aber gerade hier wird Amerika so leidenschaftlich gehasst wie kaum irgendwo sonst. Im Iran hingegen, wo der Hass auf die USA und Israel zur Staatsräson gehört, findet sich die proamerikanischste Bevölkerung der Region. Beide Staaten lavieren sich durch diese und andere Widersprüche und Gegensätze. Solange sie aber weiterlavieren, wird hier die Religion auch in

Zukunft für alles stehen, was den Menschen verwehrt wird. Dass beide Staaten trotz aller Kassandrarufe eine erstaunliche Stabilität bewiesen haben, liegt vor allem an ihrer Fähigkeit zur Konsolidierung von Instabilitäten. Langfristig ist das aber keine stabile Grundlage zur Entwicklung eines funktionierenden politischen Gemeinwesens. Die eigene Gesellschaft ist dem real existierenden Islamismus schon heute abhanden gekommen.